

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 14. März 1898.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Wölfe, Hagenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidenten. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Eberhard W. Thiele, Greifswald G. Wiese, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg: Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilsen. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Feinr. Wisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der Dolmetscherantrag.

Das politische Meiststück bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfs über die freiwillige Gerichtsbarkeit, die am Donnerstag im Reichstag stattfand, die Annahme des sozialdemokratischen Dolmetscherantrags läßt sich, so schreibt die „Nat.-Lib. Korr.“, nun auf Grund des offiziellen Sitzungsberichtes in seiner vollen Staatsmännischen Größe übersehen.

Die Kommission hatte die Zugabe eines vorbereiteten Dolmetschers dahin formuliert, daß ein solcher hinzugezogen werden soll, wenn einer der Beteiligten nach der Uebersetzung des Richters oder des Notars der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Des Notars wäre schon recht viel, da Notariate auch in Händen ausgeprobenster großpolnischer Agitatoren sind. Preußen hatte in die in Folge eines besonderen Anlasses, darauf zu bestehen, daß diese Formulierung zur Annahme gelangte, weil nicht nur in den gemischt-sprachigen Provinzen, sondern seit der großen Abwanderung polnischer Arbeiter nach Westfalen und in den Rheinprovinzen die großpolnische Agitation sich dahintersteckt hat, bei jeder Gelegenheit vor Gericht auch im Herzen Deutschlands mit der Ablehnung deutscher Sprachkenntnisse zu demonstrieren. Der preussische Justizminister schüttete ein Füllhorn von Eingekerkerten aus der Gerichtspraxis vor dem Hause aus, welche durchweg ergaben, daß die deutsche Sprache systematisch vor Gericht polnischerseits verweigert, aber mit überaus rascher Zungenfertigkeit sofort gebraucht wird, wenn eine Ordnungsstrafe droht, oder eine abweichende oder erweiterte Befundung nachtheil zu bringen droht. Und daß dies, wie seitens der vereinigten Opposition angenommen wurde, nicht nur bei Strafgerichtssitzungen, sondern auch eben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit geschieht, dafür ist uns noch kürzlich ein drastischer Beleg zugegangen, aus einer westpreussischen Kreisstadt, wo ein Grundbuchrichter wiederholt Gelegenheit hatte, die Wirksamkeit des Mittagszuges als Germanisator zu bewundern. Der nächste Zug führt nämlich erst spät Nachmittags, und so wurde als stereotypische Erscheinung beobachtet, daß polnische Parteien, die die Kenntnis der deutschen Sprache zuvor gelernt und auf die Ankunft des Dolmetschers verwiesen wurden, ihre Sprachfertigkeit in dem Augenblicke wiederfinden, wo sie sich an der Urtheilung abgeben, daß sie so noch rechtzeitig den Mittagszug erreichen konnten. Daß ein sozialdemokratischer Jurist aus dem Osten trotz solcher Thatachen den Antrag befürwortete, ein vorbereiteter Dolmetscher hinzugezogen werden, wenn einer der Beteiligten „erkläre“, des Deutschen nicht mächtig zu sein, wirkt recht eigenartig, wenn man sich des letzten sozialdemokratischen Parteitag erinnert, wo Delegierte aus Oberhessen rundweg erklärten, daß gar keine Nothwendigkeit vorliege, bei der Agitation polnisch zu reden, daß die Polen deutsch befänden. Daß den Sozialdemokraten die freiwillige Volkspartei half, trotzdem den Antrag durchzubringen, ist begreiflich, wenn man berücksichtigt, wie sehr sich diese Partei in Polen unter Verleugnung des Deutschthums vor den polnischen Wägen gespannt hat. Es wird im Osten klären wirken, daß die freiwillige Vereinigung es abgelehnt, sich an einer Verbindung mit Polonismus und Sozialdemokratie zu beteiligen. Das Zentrum kann sich bezüglich Übersetzungs derselben Zeugnis ausstellen, wie die Gefolgshafte des Abg. Richter; diese Partei hat aber wenigstens nicht, wie die freiwillige Volkspartei, den Versuch gemacht, für die Annahme dieses Beschlusses statt der eigenen Verurteilung die Westminster des Justizministeriums verantwortlich zu machen, wie es in der „Frei. Z.“ geschieht.

Marine-Ausstellung.

Gestern Mittag wurde im Lichthof des königlichen Zeughauses in Berlin eine Marine-Ausstellung eröffnet, nachdem dieselbe bereits vorher durch S. Majestät den Kaiser besichtigt war, welcher auch die Anregung zu derselben gegeben hat. Der Lichthof des Zeughauses ist mit Flaggen und Wimpeln reich geschmückt. In der Mitte stehen auf hohen Sockeln die Büsten des Kaiserpaars, an der Nordseite erblickt man vor der Standarte des Großadmirals die Büste des verstorbenen Prinzen Adalbert, und ihr gegenüber die Büste des Prinzen Heinrich. Die Wände sind bedeckt mit Plänen und Plänen von Kriegsschiffen der verschiedensten Typen und zahlreichen Lichtbildern. In dem Hof sind eine Reihe Modelle von Schiffen, Schiffsmaschinen, Kesseln, Geschützen, Torpedos und Seeminen aufgestellt. Die Schiffsmaschinen stellen einen Einblick in die Entwicklung der Schiffbaukunst. Die ältesten Modelle sind die von zwei alten kaiserlichen Kriegsschiffen. Diese Modelle, hervorragende Kunstwerke, sind im Jahre 1676 dem Großen Kurfürsten von dem Prinzen von Oranien geschenkt worden. Daran schließen sich die Modelle von drei preussischen Niederlandebooten aus dem Jahre 1850 und die Modelle der ältesten preussischen Korvetten „Arcona“ und „Gazelle“ aus den Jahren 1856 und 1858. Sie zeigen mit ihrer Fülle noch den alten Fregatentypus, den man auch in dem Modelle des früheren kaiserlichen Schiffs „Nixe“ findet. Von Modellen alter Schiffe sind noch das der früheren preussischen, in Havre erbauten „Grille“ und das des Kanonenboots „Meteor“ zu erwähnen, das im November 1870 unter dem damaligen Kapitanleutnant Anst, dem jetzigen Kommandirenden Admiral, vor Havanna siegreich aus dem Kampf mit dem französischen Kanonenboot „Souverain“ hervorging. Von älteren Panzerschiffen sind „König Wilhelm“, „Friedrich Karl“, „Preußen“ und „Deutschland“, das Flaggschiff des Prinzen Heinrich, vertreten. Zu ihnen gesellen sich die Modelle der neueren Panzerschiffe, des „Kaiser Wilhelm II.“, des „Brandenburg“, des „Sachsen“ und „Oldenburg“ und des „Britannien“. Ferner die Modelle der Panzerkanonenboote „Drummer“ und „Weise“. Auch das Modell des Panzerkreuzers 1. Klasse „Fürst Bismarck“, der auf der kaiserlichen Werft in Kiel seiner Fertigstellung entgegengeht, fehlt nicht; ebenso das Modell des Kreuzers 2. Klasse „Gerta“, der demnächst seine Probefahrt beginnt. Die Reihe der Modelle wird mit denen verschiedener Kreuzer neuester Bauart, einiger Albatros und mehrerer Schulschiffe und Torpedofahrzeuge beschloßen. Darunter befinden sich auch die Modelle der neuesten

Torpedokreuzer, die eine Fahrgeschwindigkeit von 32 Knoten zu entwickeln vermögen. Sieben Modelle zeigen den Entwicklungsgang der Schiffsmaschinen, die alte Dampfmaschine, die Compoundmaschine und die dreifache Expansionsmaschine neuester Bauart. Modelle von Einzeltheilen gestalten einen Einblick in den inneren Bau moderner Kriegsschiffe. Auch die moderne Schiffsartillerie ist durch eine Anzahl Modelle vertreten. Von besonderem Interesse sind eine Seemine und ein Fischtorpedo in natürlicher Größe. Der Betrag der Ausstellung ist für die Wohltätigkeitsanstalten bestimmt, die zum Besten von ehemaligen und jetzigen Angehörigen der Flotte gestiftet sind.

Aus China.

Gleich nach dem Eintreffen der Nachricht von dem völligen Abschlusse des deutsch-chinesischen Vertrages ist, wie die „N. N.“ mittheilen, der kaiserliche Befehl ergangen, sofort alle Besatzungen aus der sogenannten neutralen Zone von Kiautschau im Durchmesser von 50 Kilometern des Hinterlandes zurückzuziehen. Somit ist nun das Hinterland wieder den Chinesen übergeben worden mit der Maßgabe, daß China in der erwähnten Zone keine Anordnungen trifft ohne Zustimmung der deutschen Behörden. Die „Reuter“-Nachricht, England habe in Peking gegen die Abtretung von Port Arthur und Tientsin an Rußland Einspruch erhoben, stößt auf Zweifel, weil die Nachricht nicht im Einklange mit Gutzows friedfertigen Erklärungen vom Dienstag Abend steht. Die Blätter betonen, wenn die Meldung sich bestätigte, wäre die Lage sehr ernst. Denn Rußland habe den Einspruch mit Mahregeln zur Verstärkung seiner Kriegsstärke beantwortet. Wie die Birminghamer „Daily Post“ erzählt, verlautet in diplomatischen Kreisen, Japan wolle, falls es nicht eine baldige befriedigende Verständigung mit Rußland hinsichtlich der Lage der Dinge in China und Korea erzielen könne, eine Konferenz der an der Frage beteiligten Mächte ansetzen. Die „Daily News“ befürwortet, daß England selber eine Konferenz zur Lösung der chinesischen Frage vorschläge auf der Grundlage, daß der faktische status quo geändert werde. Das Blatt glaubt, Rußland und Deutschland könnten ohne Nachtheil für ihre Interessen einer solchen Konferenz beistimmen. Dem „N. N.“ wird aus Peking gemeldet: Die Kaiserin-Mutter von China beabsichtigt demnächst die Eisenbahnlinie von Peking nach Tientsin zu besuchen. Diese Entschloßung ist von großer Wichtigkeit für die Entwicklung des Eisenbahnwesens in China. Dieser Entschloßung der höchst einflussreichen Kaiserin-Mutter zeigt, daß vor der hereinbrechenden Kulturwelt des Abendlandes auch die chinesische Mauer der Vorurtheile und des passiven Widerstandes, die bisher am höchsten und stärksten im den Kaiserpalast in Peking war, sich für Stück niederzulegen beginnt.

Nachklänge zum Zola-Prozeß.

Großes Aufsehen erregen neuerdings die Artikel in Madame Severine's „Fronde“, worin diese behauptet, daß Esterhazy der Mörder Le Mercier-Picard's sei. Madame Severine erklärt, sie besitze großes Material, welches die Dreyfus-Affaire beleuchte, werde aber dem Untersuchungsrichter Veritas nichts mittheilen, weil sie kein Vertrauen zur französischen Justiz besitze. Sobald das Material vervollständigt sei, werde sie es veröffentlichen; dann werde die Welt sehen, welches Individuum unter dem Schutze des Generalstabs stand. — Oberst Picquart erklärte angesichts des freien Briefes, welchen Esterhazy seinen Zeugen schrieb, er betrachte die Drohungen des „Mannen“. Falls er ihm nahe trete, werde er ihm die verdiente öffentliche Züchtigung erteilen! Einem Vertreter des „Temps“ erklärte Oberst Picquart, Esterhazy's endgültiger Zusammenbruch stehe unmittelbar bevor, jedenfalls früher, als der Generalhoffe. Ganz Frankreich werde dann einsehen, wie Recht er hatte, Esterhazy die Ehre eines Waffenganges zu verweigern. Die Geschichte des Mandatskaufs des Grafen Freilich erweist sich als wahr trotz der Ablehnung des Legation. Clemenceau wagt in die Angelegenheit die Namen Faure's und Dantons und erklärt, der Plan des Mandatskaufs sei zwischen diesen drei Personen gelegentlich einer Jagd auf den Gärten Freilich's verabredet worden. „L'Aurore“ beginnt einen förmlichen Feldzug gegen Faure, welchem sich die radikale sozialistische Presse anschließt. Über 60 republikanische Abgeordnete, welche von der Unschuld Dreyfus' überzeugt sind, lehnen eine Wiederwahl ab, einer derselben, der Abg. Müller Graf Voges, erklärt, die Politik Meline's erfülle ihn mit Ekel. Bezeichnend ist die Thatfache, daß der orleanistische „Soleil“ die Unschädlichkeit des Obersten Picquart fordert, weil derselbe verdächtig ist, Entstellungen über das Treiben des französischen Generalstabs machen zu wollen. Die radikale sozialistische Presse konstatirt, daß Meline fortan ein Gefangener der Rechte sein, welche ihn gestern retteten. Seine Mehrheit von 88 Stimmen ist ausschließlich der Rechte entnommen; die Schwärzung Meline's zum Ultramontanismus wird immer offener.

Die von der Esterhazy-Partei so lärmend angekündigte Verfolgung der Brüder Dreyfus wegen Beschöpfung des Obersten Sandherr ist endgültig ins Wasser gefallen. Veritas stellte die Untersuchung ein.

Aus dem Reich.

Der Wirkliche Geheim Rath, Direktor im auswärtigen Amt Reichardt ist zum Vorsitzenden des Reichsraths für das Auswärtige ernannt. — Domkapitular Schlör ist, dem „Wärzburger Gen.-Anz.“ zufolge, zum Bischof von Würzburg ernannt worden. — Der Herzog von Anhalt hat Herrn Rudolf Koch, Direktor der Deutschen Bank, die Rittersinsignien erster Klasse des Sanktordens Albrechts des Bären verliehen. — Die „Kreuzzeitung“ meldet, der ehemalige Jesuitenpater Graf Soensbroch werde die Herausgeberschaft der „Täglichen Rundschau“ übernehmen. Die Meldung klingt wenig wahrscheinlich, und wir liegen sie darum unerwähnt. Da ihr jedoch die „Tägliche Rundschau“ nicht widerspricht, muß angenommen werden, daß sie zutrifft. — Das Komitee für die Hinterbliebenen der Bochumer Katastrophe theilt mit, daß bis jetzt 11 000 Mark an Beiträgen eingegangen sind. — Der dritte deutsch-österreichisch-ungarische Verbandstag für Binnenschifffahrt wird kurz nach Pfingsten in Nürnberg abgehalten werden. Das Protektorat über denselben hat Prinz Ludwig von Bayern übernommen. — Für die im Wellage-Prozeß vielgenannte „Mexicaner-Anstalt in Aachen“ ist, wie das „Echo der Gegenwart“ mittheilt, seitens der königlichen Regierung eine Verfügung erlassen worden, wonach von jetzt ab in der Anstalt zwei Kerze wohnen müssen; für die Zukunft darf kein Kranker aus der Provinz Westfalen mehr aufgenommen werden. — Der Kaiser hat nunmehr genehmigt, daß der Niederlegung der Stadtmunicipal von Posen unter bestimmten Voraussetzungen näher getreten wird. Die Grundlagen für die weiteren Verhandlungen werden sofort vom Kriegsministerium aufgestellt werden. — Der verstorbenen Gymnasialprofessor Dr. Otto in Braunsberg hatte sich der altkatholischen Gemeinschaft angeschlossen und war auch auf dem Sterbepflege zur römischen Kirche nicht zurückgekehrt, obwohl von „zuständiger“ Seite Annäherungsversuche gemacht wurden. In Folge dessen wurde das kirchliche Begräbniß verweigert. Vom Regierungspräsidenten wurde jedoch die Beerdigung auf dem katholischen Friedhof angeordnet, welche denn auch dort trotz des ausdrücklichen Protestes seitens des katholischen Pfarramtes unter Mitwirkung der Polizei stattfand. Den Leichenzug führte der altkatholische Seelsorger Dilger aus Königsberg i. Pr.; dieser hielt am Grabe eine Ansprache und berichtete auch einige deutsche Gebete. — Gegen den Landrath Dr. Gerlich haben dem „Wolgast“ zufolge 16 katholische Geistliche des Dekanats Schmetz bei der Staatsanwaltschaft einen Strafantrag gestellt, weil sie sich in Folge der in dem Prozesse vor der Graudenzger Strafkammer am 15. Dezember v. J. bekannt gewordenen Thatfachen durch den Landrath beleidigt fühlen. In jenem Prozesse wurde der Redakteur des „Seßeligen“ verurtheilt, weil er in seinem Blatte behauptet hatte, die Geistlichen hätten wegen der Wahl die Oberkirche hinausgeschoben. — Aus Straßburg wird geschrieben: In parlamentarischen Kreisen wird ein Zwischenfall besprochen, der sich zwischen dem Landesauschussmitgliedern Ostermeier und Greiner abspielte. Ostermeier hatte vor mehreren Jahren Greiner 70 Dhm Wein verkauft, die nicht zur Zufriedenheit des Käufers ausfielen. Als nun Ostermeier vor einigen Tagen in einer Kommission gegen das Weinansehen eiferte, ließ Greiner eine anzügliche Bemerkung über diesen Kauf fallen. Ostermeier stellte hierauf Greiner im Saale der dritten Kommission zur Rede. Da sich Greiner zu einem Widerruf nicht bereitstellte, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen und des Weiteren zu Handgreiflichkeiten, in deren Verlaufe Ostermeier die Willensgeister aus dem Gesicht geschlagen wurden, während Greiner seine Kravatte auf dem Kampfboden zurückließ. Ostermeier glüht nach der „Frankf. Ztg.“ seit dem Vorfall im Bundes-Ausschuß durch seine Abwesenheit. — In einer Versammlung der Schwarzweidhändler Schleiens und Bosens wurde, wie der „Bresl. Gen.-Anz.“ berichtet, u. a. beschlossen, falls der Handel im Umherziehen in den Bezirken Ebnitz und Breslau über den April hinaus verboten werden sollte, gegen dieses Verbot Klage im Verwaltungsstreitverfahren gegen die beiden Regierungspräsidenten zu erheben. — Gegen die Kräfte bei den Wätern in Damburg sind in der Magistratsitzung die entsprechenden Maßregeln beschlossen worden. Es wurde der Wädringung zur Pflicht gemacht, sämtliche Geschäfte zünftig untersuchen zu lassen, während an die Wädrmeister die Aufforderung erging, auf Wädr und Wohnstätten der Gesellen ein scharfes Augenmerk zu richten. — In den landwirthschaftlichen Kreisen der Provinz Westfalen macht sich eine Bewegung gegen das Ankerrecht bemerkbar. Eine in Lünen abgehaltene Versammlung von Landwirthen beschloß einstimmig, den Abgeordneten Schmieding zu ersuchen, sein Möglichstes zu thun, um zu verhindern, daß der Entwurf eines Ankerengesetzes Gesetz werde.

Deutschland.

Berlin, 14. März. Zur Feier des Geburtstages des Prinz-Regenten Altpols von Bayern fand vorgestern Abend im Deutschen Hofe hier ein Festkommers statt, welchem die Mitglieder des „Bereins der Bayern“, die hier anwesenden bayerischen Offiziere und zahlreiche Festgäste beizuhatten. Der Festgast Graf Lerchenfeld brachte das Wohl auf den Kaiser aus, der Geh. Ober-Regierungsrath Leib toastete auf den Prinz-Regenten.

König Leopold von Belgien reist, obwohl die Nachrichten über das Befinden der Kronprinzessin Stefanie günstig lauten, mit seiner Tochter Clementine Ende März nach Wien. Wie verlautet, wird der König versuchen, den Ehezwist zwischen dem Prinzen und der Prinzessin von Rom zu schlichten.

Die „Karlsruher Ztg.“ schreibt: Seine königliche Hoheit der Großherzog hat dem Staatsministerium auf Vorlage der Kammerbeschlüsse vom 11. d. M. seine Allerhöchste Willensmeinung dahin kundgegeben, es solle die Gesamtregierung, die sich im Vollbesitz des landesherrlichen Vertrauens befinde, die Staatsgeschäfte weiterführen, da irgend ein Anlaß zu einer Veränderung der Zusammensetzung der obersten Staatsbehörde nicht gegeben sei. Im Anschluß an diese Entschloßung schreibt die „Süddeutsche Korrespondenz“: Die knappe und entscheidende Fassung der Allerhöchsten Entschloßung läßt erkennen, daß es sich hierbei nicht etwa nur um einen von Sr. königlichen Hoheit dem Großherzog gekünderten Wunsch handle, es möchte trotz der bekannten Kammerbeschlüsse die Gesamtregierung die Geschäfte weiterführen; es erhellt aus der Form der Vertrauenskundgebung des Landesherren, daß der oben erwähnte Grund unternehmender Angriff auf die Gesamtregierung rückschloßlich Mißbilligung bezeugt, weil durch denselben eine ungerechtfertigte und unnütze Beunruhigung des Landes veranlaßt worden ist.

Die „Germania“ bezeichnet die Meldung, Kardinal Kopp sei in überaus wichtiger Sendung nach Rom gefahren, und der Vatikan werde nach seiner Ankunft Verhandlungen mit der deutschen Regierung über dringende Wünsche des Zentrums aufnehmen, deren Ergebnis entscheidend für die Flottenvorlage sein werde, als eine Erfindung. Die Komposition des Fürstbischofs habe mit der Flottenvorlage nichts zu thun, sondern betreffe allgemeine kirchliche Angelegenheiten. Kopp habe sich auch mit keinem Mitgliede der Zentrumsfraktion über die Vorlage in irgend welche Verbindung gesetzt.

Die Aktienstücke betreffend die Beschöpfung des Evangelischen Bundes über den preussischen Gefandten v. Bülow wegen seiner Beteiligung an der ultramontanen Sonderfeier von Kaisers Geburtstag in Rom werden demnächst von Seiten des Vorstandes des Evangelischen Bundes veröffentlicht werden.

Die großen Rhebereisgesellschaften empfinden es lästig, daß sie für alle ihre Agenten besondere Stationen stellen sollen und legen deshalb den Wunsch, daß ihnen eine Gesamtstationenstellung oder noch besser die Bestellung sicherer Virgischäfte gestattet werde, um nicht erhebliche Kapitalien festlegen zu müssen.

Die Pariser Polizei beschlagnahmte die Berliner „Lützener Blätter“ wegen einer die französische Armee beleidigenden Zeichnung.

Von sachmännischer Seite schreibt man über den im Hafen von Havana befindlichen amerikanischen Kreuzer „Montgomery“: „Der amerikanische Kreuzer „Montgomery“ ist ein ungarisches Schiff. Die Länge desselben beträgt 78 Meter, die Breite 11 Meter. Das Displacement beträgt 2089 Tons und die Anzahl der indizierten Pferdekräfte 5580. Die Armierung besteht aus 15 schweren Geschützen, 2 Schnellfeuerkanonen, 4 Mitrailseusen und 3 leichten Geschützen. Der Stapellauf fand im Jahre 1891 statt. Aus vorstehenden Angaben ergibt sich, daß der Entsendung des Kreuzers „Montgomery“ nach Havana keine große Bedeutung beizumessen ist. Die „Maine“ dagegen war ein gepanzertes Schiff von 6682 Tons Displacement mit 9293 indizierten Pferdekräften und einer Armierung von 17 schweren Geschützen, 8 Schnellfeuergeschützen, 4 Mitrailseusen und 4 Oberwasserlangrohrkanonen.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. März. Anläßlich der 50. Wiederkehr des Tages der Volkserhebung im Jahre 1848 bringen sämtliche liberalen und sozialdemokratischen Blätter lange, der Bedeutung des Tages entsprechende Artikel. Das gestern Abend veranstaltete Festmahl der alten Wiener Regionäre nahm im „Grand Hotel“ hierüber einen sehr feierlichen Verlauf. Abg. Kopp brachte das Kaiserhoch aus, Professor Süß feierte die freiwilligen Ideale der Jugend und Schriftsteller Kraupach, der Senior der Wiener Journalisten, widmete seinen Toast der Pressefreiheit, zu der vor 50 Jahren der Grund gelegt worden, die aber leider heute noch nicht völlig ausgebaut sei.

Frankreich.

Paris, 12. März. Deputirtenkammer. Das Haus ist stark beetzt; der radikale Drou interpellirt über die Politik der Regierung und wirft derselben vor, daß sie reaktionär und kirchlich sei. Der Minister des Innern Barthou nimmt das Wort zur Erwiderung: Die Regierung habe stets eine Vereinigung aller Republikaner angestrebt. Er protestirt gegen die Unterstellung, daß sie mit den Liberalen verbündet sei. Die Regierung achte die Gewissensfreiheit hoch, aber sie bleibe den Traditionen der republikanischen Partei getreu. Der Minister erklärte hierauf, der Papi habe auf die innere Politik Frankreichs keinen Einfluß auszuüben. Man müsse für die Republik die Unterstüßung aller Kräfte annehmen. Der Minister widerlegt alsdann die von Drou angeführten Einzelfälle und weist auf die Nothwendigkeit hin, den Sozialismus offen zu bekämpfen. (Beifall.) Millerand vertheidigt die Politik der Sozialisten. Ministerpräsident Meline erklärt, die Regierung werde ihr Programm vor dem Lande darlegen und vertreten. Das Land werde dann seine Wahl treffen können. Meline weist hierauf die Anspielung zurück, sich mit den monarchischen und kirchlichen Parteien eingelassen zu haben, eine Anspielung, für die man keinen Beweis beibringen habe. Er erinnert an die Verdringung des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla, daß der Papi niemandem den Auftrag erteilt habe, sich in die innere Politik Frankreichs einzumischen. Wenn die Konservativen für die Regierung stimmten, so geschähe es, weil sie die Regierungspolitik für übereinstimmend mit den Interessen des Landes hielten und ihre neigennützige Mitwirkung im Kampfe gegen den Kollektivismus dardäten. Die Regierung wolle eine Politik der Vereinigung, während die Radikalen und Sozialisten den Streit wollten. Meline weist alsdann auf den Fortschritt hin, den der republikanische Gedanke seit den Wahlen von 1889 gemacht habe und spricht sein Vertrauen zu dem allgemeinen Stimmrecht aus. Der Ministerpräsident schließt: Das Programm der Regierung umfaßt politische, soziale, ökonomische und finanzielle Reformen, das ist der richtige Boden für die Einigung. (Beifall.) Bourgeois weist das Bündniß mit denen zurück, welche der Republik sich anschließen wollten, um sie zu vernichten. Er beschuldigt die Regierung, sie halte es mit den Feinden der Republik und behaupte die Radikalen als Gegner. Melner sagt, er stehe religiöser Intoleranz fern, fürchte aber für den gesunden Stand des Schuls und Militärs. (Beifall auf der äußersten Linken.) Die Diskussion wird geschlossen. Mehrere Tagesordnungen werden eingebracht. Drou beantragt eine Tagesordnung, welche besagt, die Kammer, entschlossen, die traditionelle Politik der republikanischen Partei wieder aufzunehmen, geht zur Tagesordnung über. Meline acceptirt eine Tagesordnung Desobres, welche dem Vertrauen zur Regierung Ausdruck giebt. Cochin erklärt, die Rechte werde fortfahren im Kampfe gegen den Radikalismus und den Sozialismus, aber sie trete nicht zurück und sie mißbillige die Gelege über Militär- und Schulwesen. Die Tagesordnung Drou wurde hierauf mit 309 gegen 228 Stimmen abgelehnt, die Tagesordnung Desobres mit 319 gegen 231 Stimmen angenommen.

Italien. Civitavecchia, 13. März. Die deutschen Studenten kamen heute an Bord des „Gina“ hier an und wurden von der Menge mit Hochrufen auf Italien und Deutschland empfangen. Am Nachmittag fuhren die Studenten in Begleitung einer Abordnung der römischen Universität nach Rom weiter. Dort trafen dieselben Nachmittags 4 Uhr ein. Am Hauptgast waren gegen tausend Studierende der Universität mit deutschen und italienischen Jägern, ferner eine Anzahl Professoren zu ihrem Empfang erschienen, auch die Mitglieder des deutschen Konsulats und Angehörige der deutschen Kolonie sowie eine große Menschenmenge hatten sich eingefunden. Den Gästen wurde ein begeisterter, vorwiegend warmer Empfang bereitet; die Hochrufe beglückten sie auf der ganzen Fahrt bis zum Hotel. Heute Abend wird ihnen zu Ehren in der Cambrinus-halle ein Bankett stattfinden.

Mailand, 13. März. In Troviglio brach eine Revolte aus, weil der Bürgermeister vom Unterpfaffen auf dem öffentlichen Marktplatz typhus infiziert wurde. Militär mußte einschreiten. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Griechenland.

Athen, 13. März. Die Untersuchung gegen den Königsmörder Stadjis ist abgeschlossen. Die Annahme eines Komplotts ist fallen gelassen, Stadjis und Vordjgis erscheinen allein als Angeklagte vor Gericht.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. März. Den Aufruf zur Sammlung haben folgende Herren aus der Provinz Pommern unterzeichnet: Buchdruckereibesitzer Abel-Greifswald, Kaufmann Ady-Stamm, Schlossermeister Albrecht-Erbies, Kaufmann Balt-Belgard, Graf von Behr-Beurenhoff, Graf von Bismarck-Böhlen-Stadburg der Juffow, Abgeordneter von Bonin, Bürgermeister Bräumer-Erbies, Brinelow-Greifswald, Oekonomierath Bruns-Lütz bei Polzin, Wehr. Gargill-Belgard, Sattelmeyer Gassen-Erbies, Direktor der Bauwirtschaftskammer für die Provinz Pommern, Major a. D. Cleme-Stettin, Nittergutsbesitzer H. von Dietz-Beitz, von Eichenb.-Bothe, Rechtsanwalt Gischke-Wolgast, Abgeordneter von Endebort, Waadermeier Jüdelborn-Pentun, Fabrikbesitzer J. Jücher-Greifswald, Kaufmann Friedrich-Erbies, Buchdruckereibesitzer Jormazin-Stamm, Professor Dr. Jormazin-Greifswald, G. Gaeck-Greifswald, Kaufmann Gnärg-Stamm, Fabrikbesitzer Güglaff-Dramburg, Kaufmann H. Valle-Anklam, Oekonomierath Hecht-Schönwalde, Kreis Grimm, Rechtsanwalt Gademann-Greifswald, Nittergutsbesitzer von Hennigs-Dehlin, Senator Heuer-Erbies, Altbürger Vogt-Anklam, Schumachermeister Jüter-Stamm, Gerbermeister Jesta-Polzin, Kaufmann Jügend-Belgard, Fabrikbesitzer Ramrat-Dramburg, Brauereibesitzer Stilleman-Belgard, Abgeordneter von Kleist-Regow, Maurermeister Stahl-Negenwalde, Abgeordneter von Köller, von Köller-Schwenz, Zimmermeister und Fabrikbesitzer Kooch-Böck, Gutsbesitzer Kray-Baderow, Fabrikbesitzer Langhuter-Dramburg, Maurermeister Lange-Erbies, Fabrikbesitzer Letner-Grimmen, Bannschulendirektor Lorgus-Stralsund, Maurermeister Mantel-Dramburg, Abgeordneter von Manteuffel, Oberst a. D. von der Marwitz-Wismar, Abgeordneter von Massow, Fotobesitzer Meyen-Stamm, Stadtverordneten-Vorsteher Millag-Polzin, Hotelbesitzer Münter-Anklam, Dr. von Nathaus-Greifswald, Kaufmann Nitzke-Polzin, Schneidermeister Nitz-Polzin, Nittergutsbesitzer von der Oden-Pentun, Pommerscher Industrieverein-Stettin, Abgeordneter von Puttkamer-Dehlin, Kaufmann Raab-Belgard, Rechtsanwalt Dr. Noldow-Greifswald, Kaufmann G. Richter-Pentun, von Sudern-Brallentin, Goldarbeiter H. Schell-Pentun, Klempnermeister G. Schmidt-Pentun, Fabrikbesitzer Schneider-Kustettin, Tapezier Schür-Anklam, Baununternehmer H. Schulz-Belgard, Abgeordneter Graf von Schwertin-Wismar, Seminarlehrer Steinberg-Dramburg, Buchdruckereibesitzer Stranbe-Babes, Sattelmeyer Trost-Anklam, Abgeordneter von Unruh-Böckin, Maurermeister Uech-Belgard, Schmiedemeister Wis-Mentettin, Kaufmann Voigt-Pentun, Frhr. von Wangenheim-St.-Spiegel, Fabrikbesitzer Dr. Weiland-Dramburg, J. Weiland u. Co.-Dramburg, Fabrikbesitzer Weinberg-Mentettin, Kaufmann Westphal-Erbies, Gemeindevorsteher Wis-höth-Göhrten.

Der Rentier Timm, von dessen Hypothekenschwindel wir Mittheilung gemacht haben, ist der irdischen Gerechtigkeit entrückt, nach einer uns zugehenden Nachricht hatte sich derselbe nach Berlin begeben, von wo gestern der plötzlich erfolgte Tod desselben gemeldet wird.

Unter dem Verdacht des Meineides bzw. Verleitung zum Meineid ist vor einigen Tagen der Rentier und Stadtverordnete F. Densberg aus Grabow in das hiesige Gefängnis eingekerkert.

Der Verein Stettiner Kaufleute beschäftigte sich in der Sitzung vom 11. d. M. mit der in der Stadtverordneten-Versammlung besprochenen Wurf Frage und verwarf sich gegen den Vorwurf der hiesigen Fleischerinnung I, daß Kaufleute minderwertige Fleischwaren aus den Vororten Stettins kauften. Sollte es dennoch vereinzelt vorgekommen sein, so könnte dies doch nur auf Fälscher, nicht aber auf Materialisten resp. ordentliche Kaufleute bezug haben. Zu dieser Angelegenheit wurde Herr Kaufmann Robert Dittmer, ein Mitglied des Vereins, welcher hier am Plage eine Fleischwaren-Fabrik besitzt, ersucht, als Sachmann nähere Aufklärung zu geben. Derselbe wies in einem längeren Vortrage gleichfalls auf thätliche Mißstände in dieser Branche hin; derselbe führte aus, daß es wohl der Fleischerinnung I ferne gelegen habe, alle Fleischfabrikanten aus der Umgegend und die hiesigen Kaufleute zu verdrängen, denn dieselbe müßte sehr wohl wissen, daß auch in den Vororten Stettins sich viele reelle Fleischer befinden, die nur, gutes gesundes Fleisch zu verarbeiten, und ebenso müsse es den Herren bekannt sein, daß u. a. grade die Mitglieder des Vereins Stettiner Kaufleute es sich zur Aufgabe gemacht, nur Waaren bester Qualität zu führen. Nun gebe es aber außerhalb unseres Stadtgebietes, wie die

Fleischzerimmung sehr richtig festgehalten haben soll, und in ferneren Orten Fleisch, welche Material sehr minderwerthiger Art zu Wurst verarbeiten, und nach hier an den Markt bringen. Ebenso habe man Gelegenheit, hier am Plage in manchen Geschäften Fleischsorten zu kaufen, bei denen das minderwerthige Fleisch durch das Färben verberbt ist. Es sei eben bedauerlich, daß das Gesetz das Färben der Fleischwaaren gestattet, denn wenn Niemand färben dürfte, dann hätte weder der Käufer noch der Fabrikant, einen Schaden davon. Bei gehaltener Nachfrage seitens der Landwirthschaftskammer habe sich der Verein Stett. N. gegen das Färben ausgesprochen. Ein gesundes frisches Fleisch brauche nicht gefärbt werden, davon könne sich ein Jeder täglich bei rechten Fabrikanten überzeugen und wenn es vorkommen sollte, daß Wurst durch Einfluß ungünstiger Witterung z. einen grauen Schein bekommt, so sollte das Publikum lieber mal dieses in den Kauf nehmen, als gefärbte Wurst kaufen, in welcher oft minderwerthiges oder gar verdorbenes Fleisch enthalten ist. Unsere Behörde möchte daher nicht nur eine scharfe Kontrolle auf das eingeführte ausländische Fleisch und Farbräte ausüben, sondern auch dafür sorgen, daß die gefärbten Fleischwaaren in den Verkaufsläden deutlich als gefärbt bezeichnet würden, wie dies das Gesetz auch eigentlich vorschreibt. Es würde dadurch manchem gewissenlosen Fabrikanten das Handwerk der Verarbeitung verdorbenen bezw. kranken Fleisches gelegt werden. Herr Dittmer, welcher noch einige Beispiele anführte, erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Aus der Versammlung heraus wurde noch hervorgehoben, daß der Margarinefabrikant Mohr in neuerer Zeit große Mengen amerikanischer Wurst und viele Tausend solcher Schinken bezogen habe, welche in seinen Filialen festgehalten würden. Es seien in Mecklenburg verschiedentlich Trübsen in der Wurst gefunden, so daß z. B. das Polizeiamt in Schwerin öffentlich vor dem Genuß solcher Wurst aus Mödrischen Filialen warnte. In Köln habe die Fleischzerimmung amerikanischer Schinken untersucht und sei festgestellt, daß dieselben sehr reichlich mit Boräure, einem der menschlichen Gesundheit schädlichen Gifte, imprägnirt waren; auch hier würde es am Plage sein, daß die Behörde ein wachsameres Auge auf die Einfuhr ausländischen Fleisches und Fleischwaaren richte.